

Welt der Arbeit

Ausgabe 34

www.weltderarbeit.de

8. November 2006

WdA im November

Den weltweit ausschließlich ihre Interessen vertretenden Konzernen wollen Gewerkschaften aus 156 Ländern mit der soeben erfolgten Gründung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ein machtvolles Instrument entgegenzusetzen. Man wird kritisch beobachten, wie wirkungsvoll der neue Dachverband gegen Kinder- und Zwangsarbeit, gegen Diskriminierung und Koalitionsverbot vorgehen wird. Ebenso bleibt abzuwarten, wie die Antwort auf die Frage nach der Solidarität solcher Arbeitnehmer ausfallen wird, die ‚nur‘ Angst davor haben müssen, dass ihre Arbeitsplätze ins Ausland exportiert, dass ihre sozialen und rechtlichen Errungenschaften noch weiter beschnitten werden. Darum geht es auch in dieser WdA-Ausgabe wieder: riesige Konzern-Gewinne auf der einen Seite, auf der anderen Massenentlassungen zur Profitmaximierung, Privatisierung zu Lasten der Bürger, Notstand bei der Berufsbildung, zunehmende Beschäftigung zu Armutslöhnen...

Die Themen im Einzelnen

Seite 1

Aufbruch für eine andere Politik

Seite 2

Streit um Mindestlöhne

Seite 3

Berufsausbildung in Not

Seite 4

**Scharpings Team,
Kapitalismus pur,**

Seite 5

**Privatisierung der Bahn
auf Kosten der Kunden**

Seite 6

Schlechte Nachrichten

Seite 7

Blick zurück:

Streik für Lohn bei Krankheit

Seite 8

**Spätere Rente –
mehr Arbeitslose,**

Bedrohte Pressefreiheit

Seite 9

Neue Studie zur verdeckten

Armut, Buchtipps, Kommentar,

Impressum

Aufbruch für eine andere Politik



Foto: arbeiterfotografie.de

Mit Großkundgebungen in Berlin, Dortmund, Frankfurt, Stuttgart und München hat der Deutsche Gewerkschaftsbund Bewegung in die Diskussion über die aktuelle Politik in Deutschland gebracht. Mehr als 220.000 Menschen folgten dem Aufruf der Gewerkschaften und unterstützten die Forderungen für eine andere Politik. Viele Teilnehmer hatten lange An- und Abreisewege auf sich genommen. Aber zahlreiche haupt- und ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre haben gefehlt. SPD-Fahnen waren im Gegensatz zu früheren DGB-Kundgebungen nicht zu sehen.

Im Mittelpunkt der Aktionen standen der Protest gegen die geplante sogenannte Gesundheitsreform, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre sowie die beabsichtigten weiteren Steuersenkungen für Unternehmen bei gleichzeitiger Anhebung der Mehrwertsteuer. Die Forderung nach einer anderen Politik wird auch von großen Teilen der Öffentlichkeit nachdrücklich unterstützt. Endlich hat eine Aufklärungs- und Widerstandskampagne begonnen, die systematisch weiter entwickelt werden muss. Dazu sollten die Gewerkschaften auch die Zusammenarbeit mit Sozialverbänden, Kirchen und organisations-ungebundenen sozialen Bewegungen suchen.

In der zentralen Kundgebung in Stuttgart warnte DGB-Vorsitzender Michael Sommer vor einer dauerhaften Schädigung der Demokratie in Deutschland, wenn die Bundesregierung nicht umkehre und falls sie ihre Reformen nicht am Maßstab sozialer Gerechtigkeit ausrichte. „Die Wahlerfolge der Nazis, die wachsende Politikverdrossenheit, die Abkehr von den großen Volksparteien, die Tatsache, dass immer weniger Menschen zur Wahl gehen, sollte nicht nur uns ein Warnsignal sein“, erklärte Sommer. SPD und Union müssten sich energisch den sozialen Verwerfungen in der Gesellschaft entgegenstellen, und dafür sorgen, dass alle Menschen in Deutschland würdig leben könnten. Der DGB-Vorsitzende bezeichnete den Demonstrationstag als „Auftakt zu weiteren politischen Aktionen der Gewerkschaften und nicht ihr Ende“.

Allerdings müssen nun seiner Ankündigung auch Taten folgen! Das geht noch besser!

Streit um Mindestlöhne

Immer mehr Menschen arbeiten bei nicht tarifgebundenen Unternehmern. Nur noch 68 Prozent der Beschäftigten werden derzeit durch Flächen- oder Firmentarifverträge erfasst. In Ostdeutschland sind es nur noch 53 Prozent. Im Dienstleistungssektor liegt die Tarifbindung wesentlich niedriger. Rund 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte arbeiten in Deutschland für Löhne, die weniger als 50 Prozent des Durchschnittslohnes betragen. In der Wissenschaft werden solche Löhne als Armutslöhne bezeichnet.

SPD will erst Tarifverträge

Der SPD-Gewerkschaftsrat fordert die Einführung von Lohnuntergrenzen. Zunächst soll es tarifvertragliche Lösungen geben, indem Mindeststandards für Einkommen in Tarifverträgen festgeschrieben werden. In einem zweiten Schritt soll dann das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf alle Branchen ausgeweitet werden. Damit würden – ähnlich wie bislang im Baugewerbe oder bei den Gebäudereinigern – die Tarifverträge für alle Unternehmen einer Branche sowie für alle ihre in- und ausländischen Beschäftigten verbindlich werden. Für den Fall, dass Tarifverhandlungen scheitern oder eine bestimmte Lohnuntergrenze unterschritten wird, sieht das Konzept in einem dritten Schritt die Einführung eines „einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns“ vor.

Wachsende Tariffucht

Bevor der Gesetzgeber aktiv wird, sollen also die Gewerkschaften in der jeweiligen Branche Tarifverhandlungen führen. Haben sie das nicht schon in der

Vergangenheit versucht? Ist es bei Parteien und Politikern gänzlich unbekannt, dass sich Unternehmerverbände seit vielen Jahren immer häufiger weigern, sich auf Mindestnormen in Tarifverträgen überhaupt einzulassen? Eine wachsende Zahl von Unternehmern hat inzwischen die Unternehmerverbände verlassen. Schon in den 90er Jahren begann die Massenflucht in Sektoren der Unternehmerverbände ohne Tarifbindung.

In vielen Branchen gibt es regionale Tarifverträge, die im Vergleich Unterschiede aufweisen. Wie sollte ein Arbeitnehmer-Entsendegesetz greifen, wenn es unterschiedliche tarifvertragliche Lohnuntergrenzen in den Bundesländern gibt?

Nur noch 1,8 Prozent aller Tarifverträge sind allgemeinverbindlich. Die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und viele Unternehmerverbände stehen einer befriedigenden Anwendung der Allgemeinverbindlicherklärung nach dem Tarifvertragsgesetz ablehnend gegenüber. Insofern müssten umgehend außerhalb des Tarifvertragsgesetzes Regelungen geschaffen werden, die Allgemeinverbindlicherklärungen leichter ermöglichen.

Verhandlungsverweigerung

Die Verweigerung von Tarifverhandlungen durch Unternehmerverbände hat zu einer Zerstörung der Tarifautonomie in vielen Bereichen geführt. In zahllosen Verhandlungen wurden die Gewerkschaften mit der Drohung der Unternehmer konfrontiert, einen erneuten Vertragsabschluss zu blockieren, wenn ihre Forderungen zur Auflösung der

Bindewirkung von Tarifnormen nicht erfüllt werden. Und selbst dort, wo Tarifnormen in Betrieben noch verbindlich sind, werden die Beschäftigten mit erpresserischen Methoden zu Verzicht gezwungen. Die gleichen Methoden verhindern oft, dass Tarifverhandlungen der Gewerkschaften durch die Beschäftigten massenhaft unterstützt werden und sich Streikbereitschaft entwickelt.

Armutslöhne verhindern

Ist das alles in der SPD unbekannt? Oder ist das Harmoniebedürfnis einiger Spitzenfunktionäre in den Gewerkschaften so groß, dass sie ihre Augen vor der Realität verschließen? Bundeskanzlerin Merkel hat sich wiederholt gegen gesetzliche Mindestlöhne ausgesprochen. Und auch die CSU hat jede Form von Mindestlöhnen abgelehnt. Aber vor dieser Konfrontation darf man nicht ausweichen! Die Warnungen vor Arbeitsplatzverlusten dienen lediglich der Einschüchterung der von Hungerlöhnen betroffenen Beschäftigten. Fast alle europäischen Länder haben Mindestlöhne, ohne dass es dort zu einem Stellenabbau gekommen wäre. In Großbritannien beispielsweise ist die Beschäftigung seit der Einführung von Mindestlöhnen sogar deutlich gestiegen.

Die Unternehmer in Deutschland verweigern in vielen Branchen Verhandlungen über Tarifverträge. Lohndumping und Ausbeutung der Beschäftigten nehmen immer mehr zu. Deshalb müssen gesetzliche Mindestlöhne ohne taktische Manöver und ohne weitere Verzögerungen durchgesetzt werden!

Franz Kersjes

Berufsausbildung in Not

Die Lücke zwischen der Zahl der Schulabgänger und den Ausbildungsstellen wird jedes Jahr größer. Immer mehr Jugendliche finden trotz jahrelanger Suche keine Lehrstelle. Inzwischen bilden über 70 Prozent der Betriebe in Deutschland nicht mehr aus. Seit Jahren werden deswegen Tausende junger Menschen – nämlich 40 Prozent aller Bewerber/innen - in die so genannte Warteschleife abgeschoben.

Bis Ende September dieses Jahres fanden nach den vorläufigen Meldungen der Kammern mehr als die Hälfte der Bewerber – fast 400.000 Jugendliche - keine Lehrstelle. Im vergangenen Jahr haben von den 968.219 Schulabgängern nur etwa 28 Prozent einen betrieblichen Ausbildungsplatz meist mit Hilfe der Arbeitsagentur erhalten.

DGB-Ausbildungsreport 2006

Es fehlen aber nicht nur Ausbildungsstellen. Der Ausbildungsnotstand führt auch zu schlechtem Qualitätsabbau. Der DGB hat seinen Ausbildungsreport 2006 vorgestellt; das ist die erste Studie mit einem Ranking der besten Ausbildungsberufe. 3.145 Auszubildende aus 95 Ausbildungsberufen wurden befragt. Zu den Ergebnissen sagte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock:

„Die beste Ausbildung erhalten die IT-Systemelektroniker, Fachinformatiker und Mechatroniker, also Auszubildende in hochqualifizierten, spezialisierten Berufen. Die schlechteste Ausbildung erhalten die Auszubildenden in freien Berufen sowie die Werbe-kaufleute. Besonders schlecht schneiden auch die Wachschutzbranche und das Hotel- und

Gaststättengewerbe ab. Grundsätzlich zeichnet sich ab: Die Ausbildung in der Industrie und in Großbetrieben ist besser als in kleineren Betrieben. Sie ist schlechter, wo die Gewerkschaften keinen Einfluss haben und wo es keine Betriebsräte gibt.“

Auszubildende als Handlanger

„Viele Auszubildende sehen sich selbst als flexible Arbeitsreserve und Handlanger. Sie leisten viele Überstunden, werden nicht richtig angeleitet, sind häufig mit ausbildungsfernen Tätigkeiten betraut, und werden auf diese Weise zum Nutzen des Betriebes ausgenutzt. Gerade einmal 54 Prozent der Befragten gaben an, ihr Ausbilder stehe ‚häufig‘ zur Verfügung. 20 Prozent sagten, das sei ‚selten‘ bis ‚nie‘ der Fall. Überstunden sind in vielen Branchen zur Regel geworden, was zur Folge hat, dass die Zeit zum Lernen knapp wird“, erklärte Ingrid Sehrbrock weiter.

Der Ausbildungsreport zeigt nach ihrer Auffassung auch: „Auszubildende mit einem betrieblichen Ausbildungsplatz sind besser dran als solche mit einem außerbetrieblichen Ausbildungsplatz. Insbesondere dann, wenn es eine betriebliche Interessenvertretung gibt. Die Auszubildenden im Betrieb lernen von erfahrenen Kollegen und können in schwierigen Situationen auf die Hilfe von Betriebs- und Personalrat zurückgreifen. Außerdem werden sie durchweg besser bezahlt. Die Ausbildungsvergütung liegt durchschnittlich bei 605 Euro gegenüber 377 Euro für die außerbetrieblichen Auszubildenden.“

Der DGB-Ausbildungsreport soll auch Ansporn sein, die Qualität der beruflichen Erstausbildung zu

verbessern. Die Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern, die für die Kontrolle der betrieblichen Berufsausbildung zuständig sind, sind aufgefordert, Betriebe zu bestrafen, die ihre Pflichten vernachlässigen.

Der DGB hat zusammen mit Wissenschaftlern einen Qualitätsrahmen entwickelt, der zeigt, was die Auszubildenden erwarten dürfen und wann die Ausbildungsbetriebe ihre Pflichten verletzen. Über sein Online-Forum www.doktor-azubi.de bietet der DGB weiterhin Rat und Hilfe für Auszubildende an.

Ausbildungsqualität sinkt

Zum Qualitätsverlust in der betrieblichen Berufsausbildung hat wohl auch eine Entscheidung der rot-grünen Bundesregierung beigetragen. Danach können seit August 2003 auch solche Betriebe ausbilden, in denen kein Ausbilder eine Prüfung nach der Ausbilder-Eignungsverordnung abgelegt hat. Bis dahin mussten alle Betriebe, die Auszubildende einstellen wollten, Ausbilder oder Ausbilderinnen beschäftigen, die vorher ihre arbeits- und berufs-pädagogischen Kenntnisse nachgewiesen hatten. Die Erwartung, dass mit der fünfjährigen Aussetzung der Ausbilder-Eignungsverordnung zusätzliche Ausbildungsplätze von den Unternehmern angeboten würden, hat sich nicht erfüllt. Außerdem ist die bundesweit geförderte Verbundausbildung, also die Zusammenarbeit von mehreren Betrieben zur Erfüllung der Ausbildungspflichten im Einzelfall, von den Betrieben kaum angenommen worden. Der Ausbildungspakt der Regierung mit den Unternehmern ist gescheitert!

Scharpings Team

Privatisierung: Auch der Ex-SPD-Chef will mitspielen

Wer verdient woran? Diese Frage sollte man eigentlich immer stellen. Beim Privatisierungsgeschäft ist sie besonders wichtig. Ein interessantes Beispiel ist Rudolf Scharping. Der ehemalige SPD-Vorsitzende und der Ex-Verteidigungsminister betreibt in Frankfurt/Main die RSBK - die *Rudolf Scharping Strategie Beratung Kommunikation*. Wenn man www.rsbk.de im Internet aufruft, begegnet einem Rudolf S. im dunkeln Outfit. Dort auf "Geschäftsbereiche" und dann auf "PPP Werkstattgespräche" geklickt, heißt es: "Die RSBK Werkstattgespräche bieten kommunalen Entscheidern einen problem- und lösungsorientierten Dialog mit einer Auswahl qualifizierter Experten unserer Partner." Bürgermeister und Dezernenten sollen eingestimmt und geschult werden, damit sie die Vorzüge von PPP verstehen, von "Public Private Partnership". Und damit sie diejenigen kennen und schätzen lernen, die als Käufer kommunalen Eigentums in Frage kommen.

Klickt man noch etwas weiter, wird die parteiübergreifende Strategie dieses Geschäfts deutlich. Zu finden sind vier Namen von Politikern: der ehemalige Staatsminister aus Rheinland-Pfalz, Rainer Brüderle (FDP), der Oberbürgermeister a. D. von Landshut, Josef Deimer (CSU), der Oberbürgermeister a.D. von Leipzig, Dr. Hinrich Lehmann-Grube (SPD), und - vermutlich fürs internationale Flair - der ehemalige Stadtpräsident von Bern. Alle wesentlichen Parteien sind vertreten. Die überparteiliche Orientierung ist sehr wichtig, weil beim Geschäft des Fledderns aufkeimende Kritik leichter niederzuschlagen ist. Den Herren wäre allerdings zu empfehlen, noch einen grünen Politiker dazu zu nehmen. Oswald Metzger oder Christine Scheel wären gut geeignet.

Auf Scharpings Internetseite wird auch der monatliche Informationsbrief für Entscheider mit Namen "PPP-Kompakt" angeboten, auch der vom 20. Juli 2005. In der linken Spalte wird mitgeteilt, dass ein so genanntes ÖPP-Beschleunigungsgesetz verabschiedet worden ist (Der Hinweis, dass dieses Gesetz von einer amerikanischen Anwaltskanzlei formuliert wurde, fehlt selbstverständlich). In der rechten Spalte ist zu lesen, wer alles mit der Firma Scharping kooperiert. Und in der Mitte schließlich der Hammer: Quasi als Garant "seriösen Ausverkaufs" erscheint der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und spätere OB von Freiburg, Dr. Rolf Böhme (SPD). Er ist Vorsitzender des Kuratoriums RSBK Werkstattgespräche. Kein Wunder, dass in diesen Netzwerken das Verscherbeln der mühsam aufgebauten öffentlichen Einrichtungen wie geschmiert funktioniert. Immer versehen mit der Behauptung, man müsse schließlich Schulden abbauen. Um zu erkennen, was hier vor sich geht, reichen einfache Fragen. Welche Familienmütter oder Familienväter, die ihre Tassen noch im Schrank haben, verkaufen in schlechten Zeiten und bei schlechten Preisen ihr Häuschen oder ihre Wohnung, um Schulden abzubauen? Wer treibt den Verkauf voran, obwohl er ökonomischer Unsinn ist? Wer also - das ist immer wieder die entscheidende Frage - verdient am Prozess der Privatisierung? Die Homepage von *Rudolf Scharping Strategie Beratung Kommunikation* wirft ein helles Licht hinter die Kulissen. Danke! P. S.: Zu Scharpings Entlastung wäre anzufügen: Er und sein Team stehen nicht allein. Beim Fleddern öffentlichen Vermögens tummeln sich auch andere in ähnlicher Konstellation.

Albrecht Müller

Herausgeber der www.NachDenkSeiten.de

(Erstveröffentlichung in der Wochenzeitung *Freitag* Nr. 39 v. 29. September 2006)

Kapitalismus pur

Verteilung der Gewinne: Das Volkseinkommen ist von 2001 bis 2006 um etwa 200 Milliarden Euro gestiegen. Die Arbeitnehmer haben davon allerdings nur rund 30 Milliarden bekommen, verteilt auf 34 Millionen abhängig Beschäftigte. 170 Milliarden Euro an Zuwachs sind den Unternehmen und Vermögenseinkommensbezieheren zugeflossen.

Vorstandsbezüge steigen: Die erneuten Preiserhöhungen der Deutschen Bahn hat ihr Chef Hartmut Mehdorn mit hohen Energiepreisen begründet. Die Gehälter für ihn und seine Vorstandskollegen erwähnte er nicht. Sie sind in den vergangenen Jahren um 400 Prozent gestiegen. Zwischen 1999 und 2005 wurden die Bezüge des gesamten Bahn-Vorstands von 3,679 auf 14,693 Millionen Euro erhöht.

TUI in Not: Beim Touristikkonzern TUI ist der Wert der Aktien im vergangenen Jahr um 23 Prozent gesunken, die Gehälter der Vorstandsmitglieder jedoch um 26 Prozent gestiegen. Der Konzern hofft auf eine finanzielle Beteiligung der Stadt Hamburg, um eine feindliche Übernahme durch Investmentgesellschaften abzuwehren.

Managergehälter: Die Spitzen-Manager der Dax-Konzerne sparen gern - nur nicht bei sich selbst. Im Schnitt stiegen ihre Gehälter binnen eines Jahres um elf Prozent. Ganz vorn dabei war die Commerzbank, deren Vorstände im vergangenen Jahr 175 Prozent mehr kassierten als 2004.

Privatisierung der Bahn auf Kosten der Kunden

Im Jahr 1993 beschloss der Deutsche Bundestag die Übernahme der Schulden des Staatsbetriebes Deutsche Bundesbahn in Höhe von (umgerechnet) 34 Milliarden Euro und überführte die Behörde in eine Aktiengesellschaft. Allerdings blieben die Aktien vollständig im Besitz des Bundes. Ziel war allerdings, die Bahn genauso wie Telefon und Post zu privatisieren. Seit seinem Amtsantritt im Dezember 1999 fordert Bahnchef Hartmut Mehdorn, die Bahnaktien an private Investoren zu verkaufen. Das haben nun SPD und Union in ihrem Koalitionsvertrag zugesagt.

Um den Verkauf attraktiv zu machen, hat Mehdorn bereits in den vergangenen Jahren den Gewinn des Konzerns in die Höhe gepusht: von 450 Millionen auf 1,35 Milliarden Euro im Jahr 2005. Und in diesem Jahr dürfte es einen neuen Rekord geben.

Die realen Konsequenzen einer Privatisierung der Bahn mitsamt ihrer Infrastruktur (also mit Schienennetz, Sicherheitssystemen, Bahnhöfen) sind weit reichend. Der Wissenschaftliche Beirat von Attac hat sechs überzeugende Argumente gegen eine Bahn-Privatisierung vorgelegt:

„1. Die Schiene wird im Personenverkehr zum Nischenanbieter mit stark verschlechtertem Nutzen für die Kunden

Alle maßgeblichen Gutachten gehen davon aus, dass das Schienennetz im Fall einer Bahn-Privatisierung erneut deutlich reduziert wird. Im Gespräch ist ein Abbau von weiteren 5.000 km. Damit läge die Gesamtlänge des deutschen Schienennetzes bei weniger als 30.000 km; sie würde auf den Stand des Jahres 1875 gebracht.

2. Ausverkauf von gesellschaftlichem Eigentum

Das gesamte Vermögen der Bahn (Infrastruktur und rollendes Material) wird in seriösen Schätzungen auf einen Wert von 100 bis 220 Milliarden Euro taxiert. In der Bilanz der DB AG wird ein Anlagewert von 40 Milliarden Euro ausgewiesen. Die Bundesregierung veranschlagt als mögliche Einnahmen im Fall eines >integrierten Börsengangs< nur zehn bis 15 Milliarden Euro. Selbst wenn es nur zu einem Verkauf des Bahnbetriebs kommt und das Schienennetz beim Bund bleibt, kann der Wert des >rollenden Materials< auf 20 bis 25 Milliarden Euro geschätzt werden. Doch die Bundesregierung erwartet bei einem Verkauf des reinen Schienentransport-Sektors lediglich Einnahmen von vier bis sieben Milliarden Euro. In beiden Fällen entsprechen die erwarteten Einnahmen nur einem Bruchteil des tatsächlichen Wertes.

3. Die Bahnprivatisierung kommt die Steuerzahlenden teuer zu stehen

Alle Privatisierungsmodelle sehen vor, dass parallel mit der Kapitalprivatisierung in einer für rund zehn Jahre festgeschriebenen Vereinbarung die Unterstützungsleistungen für das Schienennetz (rund zwei bis drei Milliarden Euro jährlich) gesetzlich verpflichtend festgeschrieben werden. Die Höhe der Regionalisierungsgelder für den Nahverkehr (derzeit sieben Milliarden Euro jährlich; 2009 ca. 6,5 Milliarden jährlich) steht ohnehin fest. Andere Unterstützungen kommen hinzu. In der Gesamtsumme sollen nach einer Bahnprivatisierung die staatlichen Unterstützungszahlungen nicht niedriger sein. Gewinne werden privatisiert, Kosten vergesellschaftet.

4. Schlechtere Kapitalausstattung

Eine gängige Behauptung lautet: Mit der Bahnprivatisierung könne sich die Bahn frisches Kapital besorgen. Das Gegenteil trifft zu. Eine privatisierte Deutsche Bahn AG hätte zunächst ein deutlich schlechteres Kredit-Rating als die DB AG im Bundesbesitz. Jede Form der Aufnahme von Fremdkapital käme teurer. Vor allem aber müssen private Investoren darauf drängen, die derzeitige offizielle Rendite von zwei Prozent zumindest zu vervierfachen. Sie würden somit der Bahn Gelder, die potentiell dem Schienenverkehr zur Verfügung stehen, entziehen.

5. Gefahr von Fremdbestimmung

Alle Modelle eines Bahn-Börsengangs sind damit verbunden, dass private Investoren Miteigentümer werden. Auch bei der Hereinnahme von Minderheitsaktionären (z.B. 49 Prozent der Anteile von privaten „Investoren“) würden diese in erheblichem Maß mitentscheiden. Vor dem Hintergrund eines vom Auto und Flugzeug dominierten Verkehrsmarkts ist auch vorstellbar, dass Investoren einsteigen, die dem Schienenverkehr widersprechende Interessen vertreten. In Großbritannien übernahmen die Billigflieger Virgin und die Buskonzerne Stage Couch und Arriva den Bahnbetrieb in großen Regionen.

6. Arbeitsplatzabbau

In kaum einem anderen Wirtschaftsbereich wurden in den vergangenen 15 Jahren die Arbeitsplätze derart radikal abgebaut wie im Bahnsektor. Seit der Bahnreform 1994 kam es in Deutschland beim Schienenver-

- Fortsetzung auf Seite 6 -

- Fortsetzung von Seite 5 -
kehr zu einer Halbierung der Beschäftigtenzahl (von 360.000 auf 180.000). Die nun zur Entscheidung anstehende materielle Bahnprivatisierung gefährdet in den Bereichen Schiene und Bahntechnik weitere 80.000 bis 100.000 Arbeitsplätze.“

Zum dritten Mal in anderthalb Jahren wird die Bahn teurer. Vom 1. Januar 2007 an sollen die Fahrpreise der Bahn im Fernverkehr durchschnittlich um 5,6 Prozent, im Nahverkehr um 3,9 Prozent steigen. Das Monopolunternehmen rechnet offenbar damit, bei den Kunden die höheren Preise durchsetzen zu können, ohne das allzu viele abspringen werden. Wenig bekannt ist in der Öffentlichkeit, dass die Bahn nur im Fernverkehr den vollen Mehrwertsteuersatz zahlen muss. Im Nahverkehr hingegen muss die Bahn nur den ermäßigten Satz von sieben Prozent entrichten. Der steigt nicht.

Die Eisenbahner-Gewerkschaft Transnet hat sich dafür ausgesprochen, „den geplanten Börsengang der Deutschen Bahn abzublasen und den kompletten Konzern in der Obhut des Bundes zu belassen“ (*Spiegel* Nr.43), sofern die Bundesregierung das Schienennetz aus dem Gesamtunternehmen herauslösen sollte. Gewerkschaft und Bahnvorstand streiten über den Erhalt der Arbeitsplatzgarantien beim bundeseigenen Bahnkonzern. Transnet fordert, dass der Beschäftigungspakt – unabhängig vom Modell des Börsengangs – bis 2010 gelten soll. Konzernchef Mehdorn hat es bislang abgelehnt, der Gewerkschaft eine Verlängerung des im Jahr 2005 abgeschlossenen Beschäftigungssicherungs-Tarifvertrags zu garantieren.

Die Bahn-Vergangenheit wird ausgeblendet

Eine Foto-Ausstellung über mehrere Tausend Kinder, die in der NS-Zeit mit der Deutschen Reichsbahn in den Tod geschickt wurden, will Bahnchef Mehdorn auf deutschen Bahnhöfen verhindern. Die Ausstellung wurde von der französischen Opferorganisation „Fils et Filles des Déportés Juifs de France“ (FFDJF/Söhne und Töchter der deportierten Juden Frankreichs) zusammengestellt und ist schon in 18 französischen Bahnhöfen gezeigt worden. Teile der Ausstellung sind in Museen in Polen, den USA und Israel zu sehen. Gegen Mehdorns Weigerung protestieren deutsche und internationale Organisationen mit verschiedenen Aktionen.

Schlechte Nachrichten

Bayer-Konzern: Der größte deutsche Chemieparkbetreiber Bayer Industry Services (BIS) will sich mittelfristig von jedem zweiten Mitarbeiter trennen. Von derzeit 5.800 Beschäftigten werden etwa 2.300 durch Verkäufe von Teilbereichen in andere Unternehmen wechseln, teilte die Bayer-Tochter nach einer Aufsichtsratssitzung mit. In den verbleibenden Geschäften sollen bis zum Jahr 2009 rund 600 Arbeitsplätze abgebaut werden. Mit dem neuen Konzept sollen Kosten in Höhe von 125 Millionen Euro eingespart werden. Betriebsrat und Gewerkschaft sprechen von einer bewussten Zerstörung des Unternehmens und haben Widerstand angekündigt.

Deutsche Telekom: Der Telekom-Vorstand will in der Festnetzgesellschaft T-Com Beschäftigte in eine neue Firma ausgliedern. Neben dem bisher schon geplanten Abbau von 32.000 Stellen sollen etwa 45.000 T-Com-Mitarbeiter aus den Sparten Technik und Kundendienst in eine

neue Tochtergesellschaft mit dem Namen T-Service wechseln. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) kritisiert die Vorstellungen der Deutsche Telekom als völlig untauglich: „Die aktuellen Pläne zeigen, dass noch immer gegen die Beschäftigten gearbeitet wird, anstatt mit ihnen. Ver.di wird Widerstand gegen die Pläne der Telekom organisieren, die bei den Beschäftigten Lohnverzicht und längere Wochenarbeitszeiten durchsetzen sowie Konditionen durch Auslagerung verschlechtern will.“

Weiter sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied und Telekom-Aufsichtsrat Lothar Schröder: „Die Absichten der Telekom können nicht als Strategiewechsel zugunsten der Beschäftigung begriffen werden, weil jetzt Beschäftigung und Konditionen bedroht werden.“ Der völlig unsinnige Abbau von 32.000 Arbeitsplätzen sei nicht zurückgenommen worden. Den Anteilseignern würden Dividendenzusagen für die Zukunft gemacht, die nun offensichtlich über Lohnsenkungen finanziert werden sollen. „Wenn sich die Beschäftigten darauf einlassen, können sie gleich Überweisungsbelege an die Aktionäre ausfüllen.“

Ver.di werde es nicht zulassen, dass die Zumutungen für die Beschäftigten immer größer werden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürften nicht die Opfer von einfalllosen Kostensenkungen, von Marktresignation und Ideenlosigkeit des Managements werden. Die in der Öffentlichkeit skizzierten Pläne ignorieren die soziale Realität, das Engagement und das Entgegenkommen der Beschäftigten gegenüber dem Unternehmen.

-es.

Blick zurück: Streik für Lohn bei Krankheit

Ein Streik macht Geschichte; ein halbes Jahrhundert ist das schon her: Am 24. Oktober 1956 begann in der Metallindustrie Schleswig-Holsteins der Kampf um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die IG Metall hatte für die Manteltarifverhandlungen neben Urlaubsverlängerung und zusätzlichem Urlaubsgeld die Aufstockung des Krankengeldes für die Arbeiterinnen und Arbeiter auf 90 Prozent des Nettolohns sowie den Verzicht auf die drei Karenztage gefordert. Auf diese Weise wollte sie eine Gleichstellung mit den Angestellten erreichen. Im Jahr 1956 waren von 62.366 Beschäftigten in der Metallindustrie Schleswig-Holsteins 44.856 Mitglieder der IG Metall, also exakt 71,9 Prozent. Und in fast allen Verwaltungsstellen gab es aktive gewerkschaftliche Vertrauenskörper.

Einigungsversuche ergebnislos

Die wirtschaftliche Lage war ausgezeichnet. Die Auftragsbestände der Werften hatten im Herbst 1956 einen absoluten Höchststand erreicht. Doch im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand eine Forderung, um die es in einem sozialen Rechtsstaat eigentlich keinen Streit hätte geben dürfen: die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten bei Krankheit.

Aber die Unternehmer verweigerten Verhandlungen über dieses Thema; sie fürchteten einen Präzedenzfall. Also machte der Gesamtverband der Metallindustriellen Druck, um die Lohnfortzahlung bei Krankheit zu verhindern. Kai Uwe von Hassel, damals Mi-

nisterpräsident in Schleswig-Holstein, bemühte sich um Einigung. Aber er hatte keinen Erfolg, da sein Schlichtungsvorschlag keine der Kernforderungen der IG Metall enthielt. Er wurde in einer Urabstimmung von 97,4 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder abgelehnt.

Dagegen führten Verhandlungen unter dem Vorsitz des ehemaligen Arbeitsministers von Nordrhein-Westfalen, Johannes Ernst, zu einem Ergebnis. Die Annahme seiner Vorschläge war vom Vorstand, von der Streikleitung und der Tarifkommission der IG Metall empfohlen worden. Aber die Streikenden stimmten nicht zu. Sie lehnten die Empfehlung rundheraus ab und stimmten mit 76,2 Prozent der abgegebenen Stimmen dagegen. Ganz überraschend kam dieses Votum nicht, denn schon die Große Tarifkommission hatte sich nur mit der knappen Mehrheit von 32 zu 30 Stimmen für die Annahme des Vorschlags von Johannes Ernst ausgesprochen.

Erneute Schlichtungsverhandlungen führten am 9. Februar in Kiel zu einem einstimmigen Einigungsvorschlag. Allerdings waren damit in der vierten Urabstimmung nur 39,7 Prozent der Streikenden einverstanden, während sich 60,3 Prozent dagegen aussprachen. Zur Fortsetzung eines Arbeitskampfes bedarf es nach der Satzung der IG Metall der Zustimmung von mindestens 75 Prozent der betroffenen Mitglieder.

Ein zweischneidiger Erfolg

Da diese Zahl nicht erreicht worden war, wurde nach der letzten Abstimmung der Streik beendet. Allerdings wurde das konkrete

Ergebnis der vierten Urabstimmung von der IG Metall damals nicht veröffentlicht.

Trotzdem war einer der längsten Arbeitskämpfe der deutschen Sozialgeschichte aus gewerkschaftlicher Sicht letztlich ein Erfolg, denn nach 114 Streiktagen war der entscheidende Durchbruch erreicht worden: Gleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten im Krankheitsfall, längere Urlaubszeit und bessere Urlaubsbezahlung. Damit war ein Grundstein für die heutigen tarifvertraglichen und gesetzlichen Regelungen zur Lohnfortzahlung bei Krankheit gelegt worden.

Sieg für die Gleichstellung

Die Unternehmer mussten künftig einen Ausgleich zwischen dem gesetzlichen Krankengeld und 90 Prozent des Nettolohns vom vierten Krankheitstag an zahlen. Zudem stand nun den Arbeitern nach einer Woche Krankheit für eineinhalb Karenztage der volle Lohn zu, nach zwei Wochen für alle drei Karenztage. Wenige Monate nach dem Tarifabschluss verabschiedete der Bundestag das „Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfall“, also den Vorläufer für die endgültige Gleichstellung durch das Lohnfortzahlungsgesetz von 1969.

Die Lebensgeschichte eines vorbildlichen Gewerkschafters ist nun auf einer DVD veröffentlicht worden:

Jakob Moneta
Jude – Gewerkschafter – Sozialist
Ein Leben im 20. Jahrhundert

Die DVD kann beim VSA-Verlag bestellt werden (www.vsa-verlag.de)

Spätere Rente – mehr Arbeitslose

Arbeitsmarktexperten befürchten, dass die beschlossene Einführung der Rente mit 67 bis zum Jahr 2030 mit einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit einhergehen werde. Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit müssten bis zu drei Millionen Arbeitsplätze zusätzlich entstehen, um die Reform am Arbeitsmarkt verkraften zu können. Die von 2012 an geplante schrittweise Anhebung der Altersgrenze würde ausgerechnet die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre besonders stark treffen. Vor allem drohe sich aber für gering Qualifizierte die Lage am Arbeitsmarkt weiter zu verschlechtern. Die Regierungskoalition hat sich inzwischen auf Einzelheiten der geplanten Renten mit 67 verständigt. Arbeitsminister Franz

Müntefering kündigte an, auf Basis der Vereinbarungen einen Gesetzentwurf erarbeiten zu lassen. Er soll noch in diesem Jahr im Bundestag beraten werden. Nach Angaben des SPD-Politikers werden die Arbeitnehmer im Normalfall zwischen dem 63. und 67. Lebensjahr in Altersrente gehen können. Vor dem 67. Lebensjahr gebe es entsprechende Abschläge. Versicherte, die mindestens 45 Jahre Pflichtbeiträge gezahlt haben, können allerdings weiter nach Vollendung des 65. Lebensjahres ohne Abschläge in Rente gehen. Die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) ist gegen diese Ausnahme. Zudem müsse der Nachholfaktor, der ab 2009 vorher unterbliebene Rentenkürzungen nachholen soll, umgehend in die Rentenanpassungsformel eingefügt und wirksam werden.

Bundesweites Filmfestival zu Arbeit, Wirtschaft und Globalisierung

Was haben amerikanische Kunden mit indischen Callcentern zu tun? Was unsere morgendliche Tasse Kaffee mit den Lebensbedingungen in Afrika? Was bedeutet es, in Asien Kleidung für westliche Discounter zu nähen? Und was, in Deutschland von Hartz IV zu leben? Wie schafft man als junger Deutscher den Einstieg in die Arbeitswelt?

Vom November 2006 bis März 2007 stellt das bundesweite Filmfestival „über arbeiten“ mit 11 Dokumentarfilmen unerwartete Beziehungen her und fragt nach der Zukunft und dem Wert der Erwerbsarbeit für unsere Gesellschaft in einer globalisierten Welt.

Mehr Informationen zum Filmfestival unter www.ueber-arbeiten.de

Internationale Arbeitsorganisation

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, die bereits im Jahr 1919 gegründet wurde. Sie hat eine dreigliedrige Struktur, die im UN-System einzigartig ist: Die 179 Mitgliedsstaaten sind durch Repräsentanten sowohl von Regierungen, als auch von Arbeitnehmern und Unternehmern in den Organen der ILO vertreten. Schwerpunkte der Arbeit sind die Formulierung und Durchsetzung internationaler Arbeits- und Sozialnormen, insbesondere der Kernarbeitsnormen sowie die Schaffung von menschenwürdiger Arbeit als einer zentralen Voraussetzung für die Armutsbekämpfung.

Infos: www.ilo.org/public/german/region/europro/berlin/

Bedrohte Pressefreiheit

Zum fünften Mal hat die internationale Journalistenorganisation „Reporter ohne Grenzen“ eine weltweite Rangliste der Pressefreiheit aufgestellt. In vielen westlichen Ländern hat die Vereinigung eine zunehmende Bedrohung der Pressefreiheit festgestellt, besonders in den USA, Frankreich und Japan.

Die USA haben gegenüber dem Vorjahr neun Plätze eingebüßt und stehen jetzt auf Platz 53 gegenüber Platz 17 vor vier Jahren. Die Beziehungen zwischen den Medien und der Bush-Administration haben sich massiv verschlechtert, seitdem dem Präsidenten jeder Journalist verdächtig erscheint, der den Anti-Terror-Krieg kritisch hinterfragt. In Frankreich (35.) haben Redaktions- und Hausdurchsuchungen bei Journalisten zugenommen. Im Herbst

2005 wurden mehrere Journalisten wiederholt bedroht und tätlich angegriffen. In Japan gefährden zunehmender Nationalismus und das System der exklusiven Presseclubs die demokratischen Standards. Das Land fiel um 14 Plätze auf Rang 51. Deutschland ist vom 18. auf den 23. Platz zurückgefallen. Der Bundesnachrichtendienst hat über zehn Jahre hinweg bis zum Herbst 2005 Journalisten illegal überwacht. Der Zugang zu Daten ist – trotz Verabschiedung des Informationsfreiheitsgesetzes – zum Teil immer noch erschwert.

An der Spitze der Rangliste stehen nach wie vor nordeuropäische Länder wie Finnland, Irland, Island und die Niederlande, die sich alle den ersten Platz teilen. Meldungen über Zensur, Bedrohungen oder Repressalien liegen nicht vor.

www.reporter-ohne-grenzen.de

Neue Studie zur verdeckten Armut

Nach wie vor nehmen mehrere Millionen Bedürftige in Deutschland ihren Anspruch auf staatliche Hilfen nicht wahr. Darunter sind knapp zwei Millionen Erwerbstätige, die ihren geringen Verdienst nicht „aufstocken“ lassen, obwohl das möglich wäre. Sie leben in verdeckter Armut – und mit ihnen etwa eine Million Kinder. Das zeigt eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Simulationsstudie der Frankfurter Forscherin Dr. Irene Becker.

Insgesamt dürften gut zehn Millionen Menschen einen gesetzlichen Anspruch auf Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld haben. Tatsächlich, so zeigt die Untersuchung, erhalten derzeit aber lediglich 7,4 Millionen Menschen Hartz-IV-Leistungen.

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit verrate nur die „halbe Wahrheit“ über Hilfsbedürftige in Deutschland, so Becker. Zwar sei durch die Hartz-IV-Reform die Dunkelziffer der Armut „mäßig gesunken“ – insbesondere bei Arbeitslosen, die vor der Reform den Gang zum Sozialamt scheuten und nun ihre Ansprüche bei der Arbeitsagentur anmelden.

Doch etwa 1,9 Millionen Geringverdiener nutzen offenbar ihren Anspruch auf aufstockende Leistungen nicht. Damit liegt die Zahl der bedürftigen Erwerbstätigen etwa dreimal so hoch wie die 900.000 gemeldeten „Aufstocker“. Betroffen sind vor allem gering Qualifizierte, Teilzeitbeschäftigte, die keine volle Stelle finden, sowie Familien mit drei oder mehr Kindern. 1,5 Millionen Haushalte schützt auch ein Vollzeiteinkommen nicht vor Bedürftigkeit.

Die Ergebnisse der Studie stehen in „auffallendem Kontrast“ zu Thesen über negative Arbeitsanreize der staatlichen Grundsicherungszahlungen, so Irene Becker. Offenbar scheint breiten Schichten das Bedürfnis nach Eigenständigkeit, Anerkennung und einer längerfristigen Lebensperspektive wichtiger zu sein, als das kurzfristige wirtschaftliche Kalkül, folgert Becker. Nicht Leistungsmissbrauch sei verbreitet, sondern Arbeit trotz Mini-Einkommens.

Die nächste Ausgabe der Welt der Arbeit erscheint am 06.12.06

* * * *

Buchtipps

Siegfried Weischenberg,
Maja Malik, Armin Schöll
Die Souffleure der Mediengesellschaft
Report über die Journalisten in Deutschland
316 Seiten, broschiert, 19,90 Euro

Journalisten beeinflussen unser Weltbild, sollen die Mächtigen kritisieren und kontrollieren, sollen den Sprachlosen der Gesellschaft eine Stimme geben. Doch wie unabhängig sind die Journalisten

in Deutschland? Für diese aktuelle Bestandsaufnahme des Journalismus wurden in einer repräsentativen Untersuchung mehr als 1.500 Journalisten befragt. Das Ergebnis: Die innere Pressefreiheit sehen viele als gefährdet an, immer weniger können sich von ihrer journalistischen Arbeit ernähren und immer weniger Zeit bleibt für Recherche.

Das Buch zeigt, wer die Macher in den Massenmedien sind und was sie bewegt.

Kommentar

Schröder

Sie ist wieder da, eine der arrogantesten Figuren deutscher Politik: Gerhard Schröder. Rechtzeitig zum Weihnachtsgeschäft betreibt er erneut Marketing in eigener Sache. Mit den Memoiren über „sein Leben in der Politik“ will er dem Volk weismachen, wie gut und richtig seine Politik als Bundeskanzler war. Dafür, dass damals der Erfolg oft ausblieb, macht er seine Widersacher verantwortlich. Vor allem einige Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften werden beschimpft. Ihnen gereicht es aber zur Ehre, dass sie sich seiner asozialen Politik nicht unterworfen haben.

Auf gut 400 Textseiten schwadroniert Schröder über diverse Themen und versucht, seine Basta-Politik zu rechtfertigen. Aber es lohnt sich nicht, diese Ansammlung von Banalitäten und Selbstgefälligkeiten zu lesen. Es kann einem dabei nur schlecht werden. Schröder hat die SPD und viele Weggefährten immer nur für seine persönlichen Zwecke benutzt. Er hat der Sozialdemokratie weit mehr geschadet als genutzt.
Franz Kersjes

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35
Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht.
www.weltderarbeit.de

Nachdruck gegen Übermittlung von Belegen erwünscht. – Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.